

### **Bürgernähe**

Das zentrale Anliegen in unseren Bemühungen sowohl der letzten als auch der kommenden Legislaturperiode waren und werden die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger selbst sein. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, das eigene Lebensumfeld aktiv und eigenverantwortlich zu gestalten. Denn gerade auf kommunaler Ebene haben die Entscheidungen des Parlaments und das Handeln der Verwaltung die unmittelbarsten Auswirkungen auf das Umfeld der Wählerinnen und Wähler. Wir möchten bei der Verwaltung das Bewusstsein ausprägen und stärken, sich als Dienstleisterin der Bürgerinnen und Bürger zu verstehen, die ihren Wahlauftrag im Interesse Aller zu erfüllen hat. Dies bedeutet, sich den Belangen und Bedürfnissen gegenüber aufgeschlossen zu zeigen und diese Haltung auch im Laufe der Wahlperiode beizubehalten. Wir setzen uns dafür ein, dass vor grundlegenden projektbezogenen Entscheidungen, wie z.B. der Umgestaltung eines Stadtteils oder der Errichtung eines Fachmarkt-zentrums, eine strukturierte Bedarfsanalyse durchgeführt wird, sowie bereits im Vorfeld Informationsveranstaltungen umfassend angekündigt und durchgeführt werden.

Diese Veranstaltungen müssen seitens der Verwaltung als Möglichkeit wahrgenommen werden, die Belange der Teilnehmer aufzunehmen und diese in den Entscheidungsbildungsprozess einfließen zu lassen. Nur so wird gewährleistet, dass die Verwaltung bei der Entscheidungsfindung keinen Abwägungs-versäumnissen unterliegt und den Weg zum Entscheidungsergebnis offen und transparent darlegen kann. Bürgerversammlungen sind für die Bürgerinnen und Bürger. Ihre Themen haben gegenüber von Fraktionen vorgegebenen Themen Vorrang. Die Verwaltung muss Äußerungen ernst nehmen und sich anschließend intensiv mit deren Inhalten befassen und auf deren Realisierbarkeit überprüfen. Durch klare, offene und nachvollziehbare Argumentation wird die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich politisch zu engagieren, gestärkt.

Ferner setzen wir uns dafür ein, dass notwendige Entscheidungen möglichst schnell getroffen und anschließend unverzüglich umgesetzt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass für die Bescheidung eines Prüfungsantrages, der die Errichtung eines Briefkastens oder ein Abbiegeverbot zur Optimierung des Verkehrsflusses zum Inhalt hat, Monate oder gar Jahre verstreichen müssen.

Gleichsam hat die Verwaltung dafür Sorge zu tragen, dass getroffene Entscheidungen konsequent eingehalten und umgesetzt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum z.B. eine Friedhofssatzung erlassen wird, wenn deren Einhaltung nach Auffassung der Verwaltung nicht in allen Punkten durchsetzbar ist.

### **Finanzen - Transparenter Haushalt**

Der Haushalt der Stadt Mörfelden-Walldorf ist, bedingt durch die Finanzkrise, geprägt von sinkenden Einnahmen. Gleichzeitig nehmen die Ausgaben stetig zu. Aufgrund der konjunkturell schwierigen Lage, aber auch aufgrund von strukturellen Problemen, sind die städtischen Einnahmen aus Steuern eingebrochen. Dagegen steigen die Kosten, zum Beispiel die Kreisumlage und Personalkosten, weiter an. Die andauernde Schwäche des Haushaltes der Stadt, die keinerlei Spielraum ohne Neuverschuldung mehr zulässt, engt Gestaltungsräume ein und bremst wünschenswerte Investitionen. Deshalb ist eine Überprüfung der bestehenden Strukturen notwendig, die Möglichkeit von Fremdvergaben, evtl. an das örtliche Gewerbe, ist zu überprüfen, Doppelstrukturen sind abzuschaffen und interkommunale Zusammenarbeit ist zu intensivieren.

Der Schuldenstand der Stadt ist erschreckend hoch. Dadurch bedingt leben wir immer mehr auf Pump und tragen enorme Lasten aus Zinsen und Tilgung. Deshalb wollen wir, dass eine absolut strikte Kostenkontrolle erfolgt, damit die Stadt nicht handlungsunfähig wird. Ausgaben dürfen nur gefordert werden, wenn gleichzeitig ein Finanzierungsvorschlag eingebracht wird. Dies sieht zwar die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bereits vor, oftmals wird diese Vorgabe aber – auch vom Magistrat - ignoriert.

Vor diesem Hintergrund muss die grundlegende Sanierung des städtischen Haushaltes oberste Priorität haben. Mörfelden-Walldorf kann seine Aufgaben der Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge nur dauerhaft bewältigen, wenn genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Rot-Grün hat in den vergangenen fünf Jahren weit über unsere Verhältnisse gewirtschaftet und dadurch die Finanzen der Stadt auf tönernen Füßen gestellt. So wurde die finanziell ausgezeichnete Phase bis Mitte der Wahlzeit nicht genutzt, um nachhaltig Schuldenabbau zu betreiben. Die Haushalte der letzten zwei Jahre weisen ein deutlich zweistelliges Minus auf.

Die Liberalen streben für Mörfelden-Walldorf in der nächsten Legislaturperiode ausgeglichene Haushalte an, ohne zusätzliche Neuverschuldung. Dies erfordert, dass auch Standards und Leistungen der Kommune kritisch überprüft werden. Die Folgekosten kommunaler Investitionsvorhaben, d.h. Personal-, Sach- und Kapitalkosten, sind in besonderem Maße zu beachten. Die FDP spricht sich jedoch eindeutig dagegen aus, den Haushalt durch weitere Steuer- und Gebührenerhöhungen zu sanieren.

Vielmehr setzen wir uns ein für:

- Prüfung und Umsetzung von Organisationsveränderungen und Verwaltungsvereinfachungen mit ggf. entsprechenden Personalstrukturanpassungen zur Reduzierung von Kosten
- Privatisierung von Aufgaben, die nicht durch die Stadt übernommen werden müssen
- Verbesserungen der Einnahmeseite durch die Aufwertung von Wohngebieten und Gewerbeansiedlung
- Gesamtverpachtung von städtischen Immobilien inkl. Instandhaltung an private Betreiber
- Kooperationen mit anderen Kommunen, dem Kreis und Zweckverbänden zur Nutzung von Synergien
- Überprüfung von Qualitätsstandards für städtische Leistungen bezogen auf Kostensenkungspotentiale
- Prüfung von „Public Private Partnership – PPP“ - Modellen für die Erbringung kommunaler Leistungen

Die Versuche der FDP, für Transparenz zu sorgen, wurden größtenteils torpediert. Der Haushalt hat durch die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens eine Struktur erhalten, aus der sowohl die Bürgerinnen und Bürger und auch die Verwaltung die Ziele und Aufgaben klar ablesen können. Der tatsächliche Finanzbedarf für die Sicherung der vorhandenen Infrastruktur ist erkennbar. Es zeigt sich, dass kein finanzieller Spielraum mehr vorhanden ist.

Alle kommunalen Standards und freiwilligen Leistungen sowie die bestehenden Strukturen sind ebenso jährlich unter dem Gesichtspunkt der Kostendeckung zu überprüfen wie Abgaben, Gebühren und Steuern. Knapper werdende städtische Finanzen allein rechtfertigen keine Abgaben- und Gebührenerhöhung. Es sind in jedem Fall vorher die vorhandenen Sparpotentiale auszuschöpfen. Für die FDP ist auf der Basis bekannter finanzieller Rahmendaten eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer nicht notwendig. Die FDP wird sich gegen Pläne, diese dennoch zu erhöhen, entschieden wehren. Ebenso setzt sich die FDP dafür ein, Steuern abzuschaffen, deren Ertrag in keinem gesunden Verhältnis zum Verwaltungsaufwand steht, wie zum Beispiel die Zweitwohnsitzsteuer.

### **Flughafen Frankfurt**

Unter Einhaltung des Mediationsergebnisses spricht sich die FDP für den Ausbau des Flughafens Frankfurt als eines der wichtigsten Vorhaben des Rhein-Main-Gebietes aus. Der Flughafen Frankfurt Main ist der größte Flughafen Kontinentaleuropas und einer der wichtigsten Arbeitgeber in Hessen. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mörfelden-Walldorf haben am Flughafen einen Arbeitsplatz. Zahlreiche inländische und ausländische Unternehmen – auch in Mörfelden-Walldorf – haben sich im Rhein-Main-Gebiet gerade wegen des Flughafens angesiedelt.

Die FDP spricht sich dagegen aus, durch von vornherein aussichtslose Klagen gegen den Bestand oder die Erweiterung des Flughafens die Steuermittel der Bürgerinnen und Bürger zu verschwenden. Nur dann, wenn offensichtlich die Interessen der Stadt oder der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigt werden und Klagen nicht ohne jegliche Aussicht auf Erfolg sind, sollte die Stadt aktiv werden. Dies wäre dann der Fall, wenn die kommunale Planungshoheit beeinträchtigt oder Schallschutz an städtischen Gebäuden erforderlich würde, für den keine Entschädigung erfolgt.

### **Freizeit, Erholung und Sport**

Liberaler Sportpolitik spricht den Sport in seiner gesamten Breite an. Dabei kommt den Vereinen grundlegende Bedeutung zu. Sport ist ein Integrationsfeld für Menschen mit unterschiedlichsten sozialen Ausgangslagen. Politik muss dabei helfen, Rahmenbedingungen für sportliche Betätigung zu schaffen. Sportvereine sind ein Beispiel funktionierender, eigenverantwortlicher Bürgeraktivität.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat hier durchaus gute Arbeit geleistet, diese hat die FDP jederzeit unterstützt. Es sind öffentliche Zuschüsse geflossen, aber auch indirekte Förderung hatte seinen Platz. Wir stehen zu einer Vereinsförderung, die Transparenz verschafft und den Mittelfluss nachvollziehbar macht. Durch unsere Anträge zur Darstellung der Vereinsbezuschung sind seitdem klarere Strukturen erkennbar. In Zeiten knapper Kassen müssen aber auch die Vereine über mehr Kooperationen und Synergieeffekte nachdenken. Sport erfüllt eine integrative Aufgabe, deshalb muss der Weg der Förderung klar und deutlich erkennbar sein. Sportförderung liegt im originären Interesse von Kommunen, Land und Bund. Jedoch sollten Sporteinrichtungen nicht nur durch die öffentliche Hand unterhalten werden. Die FDP setzt sich für private Initiativen und Modelle im Rahmen einer Zusammenarbeit der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft (Public-Private-Partnership) ein und ermuntert Sportvereine dazu, sich in Kooperation mit der Kommune daran zu beteiligen. Wir wollen deshalb verschiedenen Betreibermodellen eine Chance geben.

Um den Freizeitbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen, müssen die Freizeit-, Sport und Erholungseinrichtungen modernisiert und ausgebaut werden sowie Mehrfachnutzungen ermöglichen. Schulhöfe sind mit Freizeitanlagen zu ergänzen und in der schulfreien Zeit freizugeben. Der Unterhalt der Sportstätten ist, soweit möglich, in die Verantwortung der Sportvereine zu übergeben. Die örtlichen Sportorganisationen und Vereine sind als Träger öffentlicher Belange im Interesse der Vereine an der kommunalen Planung des Raumes und der Flächen sowie deren Gestaltung zu beteiligen. Innerhalb Mörfelden-Walldorfs sollten die Volkshochschule, die Schulen und die Vereine nicht miteinander konkurrieren, sondern eng zusammenarbeiten und kooperieren.

Für das Waldschwimmbad Mörfelden ist zu überprüfen, ob ein öffentlich-privates Betreibermodell gefunden werden kann, bei dem der Betrieb und der Unterhalt des Schwimmbades mit allen Nebeneinrichtungen in die Regie eines Privaten übergehen und das Eigentum des Schwimmbades bei der Stadt verbleiben kann.

### **Integrationspolitik**

Ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern soll durch Hilfsangebote der Stadt mit ihren Familien die Integration in Mörfelden-Walldorf leichter gemacht werden. Insbesondere sind für deren Kinder im vorschulischen Bereich sowie an allen Schulformen ausreichende Fördermaßnahmen zu schaffen und private Initiativen zu fördern, damit im Interesse aller Kinder Sprachbarrieren rechtzeitig überwunden werden. Nur so können wichtige Qualifikationen erreicht und die Möglichkeiten der Integration wahrgenommen werden. Auch sind für erwachsene ausländische Bürgerinnen und Bürger verstärkt Deutschkurse zu günstigen Bedingungen anzubieten. Es gibt verschiedenste Projekte, Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in unser städtisches Leben zu integrieren. Meist wird dies allerdings mit größeren Gruppen versucht, die dann auch nur wieder „unter sich“ bleiben. Viel erfolgreicher zeigen sich Versuche von privaten Gruppen, wenn „Gleichgesinnte“, z.B. Kindergarten- oder Schulkindeltern ihre Kulturen durch gemeinsame Aktionen zusammen führen.

### **Kommunale Umweltpolitik**

Die widerstreitenden Nutzungsansprüche an unsere Umwelt auszugleichen und in diesem Zusammenhang vorausschauend zu planen, ist die Aufgabe kommunaler Umweltpolitik. Umweltpolitik kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie die Belange der Umwelt nicht einseitig betont, sondern in einen vernünftigen Ausgleich mit den Bedürfnissen der Menschen bringt. Hierbei sind die langfristigen Ansprüche von Gesellschaft und Wirtschaft mit den noch nutzbaren Vorräten an Wasser, Boden und Luft in Einklang zu bringen. Konzepte der Wirtschaftsförderung und zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sind mit der Umweltpolitik abzustimmen. Grundsätzlich ist auch die Schaffung von Anreizen für den Einsatz von umweltschonenden Technologien zu begrüßen. Es darf jedoch nicht dazu kommen, dass die Bürgerinnen und Bürger zum Einsatz von zum Teil kostenintensiven Technologien gezwungen werden, wie es durch die rot-grüne Koalition im Rahmen von Bauvorhaben in mehreren Verträgen der Stadt mit potentiellen Käufern bereits umgesetzt wurde.

Die Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur ein ökonomisch bedeutsamer Faktor, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Erholungswertes der Landschaft. Deshalb ist bei öffentlichem Interesse an der Pflege und der Offenhaltung von Flächen eine enge Abstimmung mit den hiesigen Land- und Forstwirten sowie den Jagdpächtern und Schäfern zu suchen, die verstärkt in die öffentliche Aufgabe der Landschaftspflege eingebunden werden sollen. Wenn Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion ausscheiden, sind diese Flächen vorrangig für Aufgaben des Naturschutzes zur Schaffung neuer Lebensräume für bedrohte Pflanzen- und Tierarten zu sichern.